

Buchbesprechungen

Hartwig Bartling: Leitbilder der Wettbewerbspolitik, Verlag Franz Vahlen, München 1980, 166 Seiten, DM 36,—.

Es ist verdienstvoll, die unterschiedlichen Leitbilder für eine Wettbewerbspolitik aufgrund der verschiedenen wettbewerbspolitischen Ausgangspunkte und Annahmen kritisch zusammenzustellen. Die offizielle Wettbewerbspolitik scheint dagegen bemüht zu sein, trotz Verkündung des Übergangs zu einem neuen Leitbild der Wettbewerbspolitik, so zu tun als habe sich kaum etwas geändert. Dem Autor dient dagegen die kritische Analyse der wettbewerbspolitischen Leitbilder zur Erarbeitung eines Vorschlages „ursachenadäquater Wettbewerbspolitik“ (S. 59 f.). Dabei folgt er dem Schema „Rationaler Wirtschaftspolitik“ aus der Theorie der Wirtschaftspolitik (vgl. S. 1), in dem der Wettbewerb als „Zwischenziel“ erscheint, um qualitative (Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit) und quantitative Hauptziele (Vollbeschäftigung, Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum) zu erreichen. Der Autor spricht von „Zielen mit Idealcharakter und „empirischen Zielen“.

Insoweit folgt er dem Paradigma einer aus klassischer Perspektive „konstruktivistischen“ Wirtschaftspolitik (auch teleokratisch genannt) im Gegensatz zum klassischen Paradigma der Selbststeuerung der Wirtschaft über den Suchmechanismus des Marktes (nomokratisch). Diese Differenzierung (vgl. insbesondere S. 41 ff.) übernimmt der Verfasser zwar (S. 6), ohne seinen Ansatz ausdrücklich einzuordnen. Die kritische Darstellung der Leitbilder zeigt, daß er der nomokratischen Perspektive in der neoklassischen Variante der Wettbewerbsfreiheit wirtschaftlicher Organisationen (anstatt des klassischen Systems individueller Freiheit von Eigentümer-Unternehmern) folgt, aber auch Ansätze der funktionsfähigen Konkurrenz für die von ihm abzuleitende „ursachenadäquate Wettbewerbspolitik“ nutzen möchte. Das ist in der gegenwärtigen kontroversen Diskussion wettbewerbspolitischer Probleme entweder auf der Basis des neoklassischen (nomokratischen) oder des ergebnis- bzw. systemorientierten Paradigmas der „funktionsfähigen Konkurrenz“ eine begrüßenswerte Initiative zu einer der „rationalen Wirtschaftspolitik“ adäquaten „rationalen Wettbewerbspolitik“.

Die gemäß dem klassischen Paradigma bevorzugte Verhaltenskontrolle hält der Verfasser zumindest auf „verfestigten nicht-wettbewerblichen Märkten“ (S. 60, S. 109 ff.) für ungenügend. Dafür schlägt er eine Lösung aus dem neoklassischen Konzept und eine aus dem der funktionsfähigen Konkurrenz vor: Bereiche, für die nicht primär die Wettbewerbsordnung — aufgrund der „verfestigten nicht-wettbewerblichen Märkte“ — maßgebend sein kann, sollten als „Ausnahmebereiche“ der „staatlichen Dauerregelung“ unterworfen werden. Dem Konzept der funktionsfähigen Konkurrenz entstammt der

Versuch, den Wettbewerb durch Änderungen der Marktstruktur (Strukturtest) zu fördern. Dafür gebraucht der Autor auch den Begriff „Mikroordnungspolitik“. Es leuchtet aber heute nicht mehr ganz ein, davon auszugehen, daß sie „nicht systematisch“ betrieben wird und auch „konzeptionell noch der Integration in ein Leitbild der Wettbewerbspolitik“ bedarf (S. 57). Zumindest ein solches Leitbild hat der Ordoliberalismus immerhin geliefert. Was fehlt, wäre ein konkretes Konzept für Fusionskontrolle und Entflechtung. Dazu möchte der Verfasser offenbar einen Beitrag leisten, in dem er wirtschaftstheoretische Ergebnisse und empirische Erfahrungen mit der Wettbewerbskontrolle aus anderen Ländern, insbesondere aus den USA, auswertet. Es ist anzuerkennen, daß der Verfasser sich bemüht hat, in diesem Buch seine 1973/74 vorgelegte Habilitationsschrift zu aktualisieren. Das schließt jedoch nicht aus, daß er, insbesondere nach dem heutigen Stand der Wettbewerbstheorie, einige Akzente anders gesetzt hätte.

Seine Schlußfolgerungen für die Wettbewerbspolitik und die Rechtsprechung bleiben davon jedoch unberührt. Es wird der interessante Versuch unternommen, ökonomisch-politische Beurteilungskriterien sowie ökonomisch-politische Verfahrenslösungen einerseits von juristischen Verfahrenslösungen andererseits zu unterscheiden (vgl. insbes. S. 62 f.). In der Terminologie des Bundeskartellamtes würde unter die juristischen Verfahrenslösungen zum Beispiel das Eingreifen bei „Behinderungswettbewerb“ in der Mißbrauchskontrolle wirtschaftlicher Macht fallen. Dabei denkt der Autor vor allem an Per-se-Verbote. „Ausbeutungsmißbrauch“ sollte dagegen im Idealfall durch Strukturveränderungen im „ökonomisch-politischen Verfahren“ bekämpft werden: Zunächst hätte eine unabhängige Sachverständigenkommission die ökonomischen Auswirkungen zu analysieren, während danach eine politische, parlamentarisch-demokratische Kontrollinstanz entscheiden müßte. Das Bundeskartellamt hätte sich dabei mit nur noch juristischen Verfahrenslösungen zu begnügen, ökonomisch aufgewertet jedoch durch das Recht zu Sektorenanalysen. Was die letzteren betrifft, folgt der Vorschlag auch einer Empfehlung der Monopolkommission. Dieser Vorschlag (ähnliche Überlegungen sind auch vom Rezensenten an anderer Stelle angestellt worden. Siehe Trennung von Markt- und Wirtschaftspolitik, „Wirtschaft und Wettbewerb“, Düsseldorf, Heft 11 und 12, 1976, S. 702 ff., insbesondere S. 706 ff.) versucht wenigstens zwei Mängeln bisheriger GWB-Interpretationen Rechnung zu tragen: der insbesondere durch die Fusionskontrolle bewußt gewordenen — klassischen Wettbewerbsdenken zuwiderlaufenden — Trennung zwischen einer wettbewerbspolitischen Prüfung des Bundeskartellamtes und einer gesamtwirtschaftlichen Entscheidung durch den Bundeswirtschaftsminister. Der zweite Mangel ist das Nebeneinander von ökonomischen (ergebnisorientierten) und juristischen (wertorientierten) Beurteilungskriterien. Bei der Arbeit des Autors ist besonders hervorzuheben, daß er den Versuch macht, auch die bisherige juristische Auslegung des GWB in seinen Ansatz zu integrieren.

Reinhard Blum, Augsburg

Detlev Hammann: Zahlungsbilanz, Konjunkturtransmission und Wechselkursbestimmung, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 11 (Hrsg. von Prof. Duwendag), Nomos-Verlag, 1980, 176 Seiten, DM 48,—.

Die Bestimmung der Zahlungsbilanz, die Determinanten der Wechselkursentwicklung und der internationale Konjunktur- und Inflationszusammenhang sind seit Jahren Themen einer Vielzahl ökonomischer Aufsätze und Monographien. Nicht alle dieser Schriften tragen jedoch neue und originelle Aspekte zur Diskussion bei, vielfach werden bekannte Theorien und Ansätze in nur leicht variiert Form oder nur unter einem neuen Gesamtzusammenhang ohne zusätzlichen Erkenntniswert dargestellt. Eine weitere Studie zu diesem Themenkomplex wird daher zunächst mit Skepsis betrachtet werden. Jedoch hat sich die von *Duwendag* herausgegebene Reihe „Schriften zur monetären Ökonomie“ bisher durch einige interessante und hochqualifizierte Beiträge ausgezeichnet (so zum Beispiel *Kühn*, Rationale Erwartungen und Wirtschaftspolitik), so daß ein weiteres Buch in dieser Serie zunächst zu optimistischen Erwartungen Anlaß gibt.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, sich eingehend mit der Fülle der in der Literatur vorhandenen verschiedenen zahlungsbilanz- und wechselkurs-theoretischen Ansätze auseinanderzusetzen, um sie durch eine „Einordnung in das neoklassische oder keynesianische Paradigma“ zu strukturieren. Zugleich sollen Zahlungsbilanz- und Wechselkursstheorie als inhärente Bestandteile einer makroökonomischen Theorie offener Volkswirtschaften verdeutlicht werden. Vorherrschendes Kriterium für die Einordnung der verschiedenen Modellansätze ist die unterschiedliche Lösung der Stock-Flow-Problematik und die eng damit verknüpfte Frage, inwieweit die Modelle jeweils kurz-, mittel- und langfristige Zusammenhänge hervorheben.

Nach einer kurzen allgemeinen Diskussion der Stock-Flow-Problematik offener Volkswirtschaften, die bei Hammann eng verbunden ist mit den modellendogenen Hypothesen über die relativen Anpassungsgeschwindigkeiten auf den einzelnen Märkten, werden zunächst Ansätze vorgestellt, die den Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Konjunkturtransmission beinhalten. Im Rahmen der keynesianischen Zahlungsbilanztheorie werden Elastizitätsansatz und Absorptionsansatz erfaßt, als keynesianische Transmissionsmechanismen werden der Außenhandelsmultiplikator, der Terms-of-Trade-Mechanismus und das Kapitalbewegungen einbeziehende *Mundell-Fleming*-Modell dargestellt. Aus neoklassischer Sicht geben der „Australische Ansatz“ und der monetäre Ansatz der Zahlungsbilanztheorie den Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Wechselkurs wieder, als Transmissionsmechanismen werden hier der internationale Preiszusammenhang (insbesondere das Skandinavische Modell der Inflationstransmission) und der monetäre Mechanismus aufgearbeitet. Die Theorie flexibler Wechselkurse wird im Rahmen der keynesianischen Wechselkursstheorie durch das *Mundell-Fleming*-Modell sowie durch die Erweiterungen von *Dornbusch* und *Niehans* charakterisiert. Als neoklassische Modelle der Wechselkursbestimmung stellt *Hammann* zunächst ein einfaches Kaufkraftparitätenmodell dar, die um die Zinsparität erweiterte Form von *Fisher*, sodann einen Ansatz mit rationa-

len Erwartungen von *Mussa* und die bekannten Ansätze mit inelastischen Erwartungen von *Dornbusch*. Schließlich folgen hier noch die Beschreibung der *Mundell-Laffer*-Hypothese sowie das bekannte Asset-Markt-Modell von *Branson* und einige Hypothesen zur Währungssubstitution. Gerade die Asset-Markt- bzw. Portfoliomodelle sind Ausgangspunkt fast aller neueren Devisenmarktanalysen und beinhalten in ihren unterschiedlichen Ausgestaltungen eine Fülle verschiedener relevanter Hypothesen, vor allem über mögliche Wechselkursermutungsmuster. Dies wird leider in den Ausführungen nicht deutlich, da hier nur exemplarisch auf das einfache *Branson*-Modell eingegangen wird.

Als Ergebnis hebt *Hammann* zunächst die Unterscheidung in keynesianische Strommodelle und neoklassische Bestandsmodelle hervor. Weiterhin zeigt er, daß die keynesianische Theorie offener Volkswirtschaften immer Wechselkursbewegungen auch mit Veränderungen der relativen Preise, d. h. der Terms-of-Trade verbindet, während die neoklassische Theorie offener Volkswirtschaften den realen Wechselkurs durch die Annahme der Kaufkraftparität unverändert läßt. Darauf aufbauend wird auch die Frage nach der Effektivität der Stabilisierungspolitik in offenen Volkswirtschaften beantwortet. In den neoklassischen Ansätzen ist die einzig empfehlenswerte Strategie eine Verstärkung der Geld- und Fiskalpolitik, während die Konsequenzen aus dem keynesianischen Modell die Möglichkeit einer Beeinflussung der relativen Preise und damit der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes sind. Diese Ergebnisse erscheinen jedoch nicht neu, zumal sie sich nahezu automatisch aus der Unterscheidung in kurz- bzw. langfristige Bestandsmodelle und mittelfristige Strommodelle ergeben; und auch die Darstellung allzu bekannter Modelle in rein deskriptiver Weise mit wenig kritischer Würdigung der Hypothesen und des Erkenntniswertes, nur zur Einordnung in ein Schema „keynesianisch oder neoklassisch“ kann dem Kenner der neueren monetären Außenwirtschaftstheorie keine Zusatzinformationen liefern. Für Studienanfänger, die sich in die Zahlungsbilanz- und Wechselkursstheorie einlesen wollen, kann die Studie jedoch als erste Einführung dienen.

Renate Ohr, Bochum

G. Bombach, B. Gahlen und A. E. Ott (Hrsg.): *Neuere Entwicklungen in der Investitionstheorie und -politik*, J. C. B. Mohr (P. Siebeck), Tübingen 1980, 540 Seiten, 78,— DM.

Fast jede Äußerung zu Konjunktur-, Beschäftigungs-, Wachstums- oder Strukturproblemen läßt die zentrale Bedeutung der Investitionen hervortreten: Die aktuelle Relevanz dieser Aufsatzsammlung, die neunte in der Schriftenreihe des Ottobeuerener wirtschaftswissenschaftlichen Seminars, bedarf also keiner Begründung. Die hier vorgelegten Papiere umfassen ein breites thematisches Spektrum und stellen in ihrer Gesamtheit eine gelungene Balance zwischen Theorie und Empirie dar. Aus raumökonomischen Gründen beschränkt sich dieser Bericht auf vier der insgesamt vierzehn Beiträge.

Oppenländer vom Münchener Ifo-Institut behandelt die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik vor allem empirisch. Auf Strukturaspekte und die Entwicklung der Arbeits- und Kapitalproduktivität geht er ausführlich ein, um dann zur Gretchen-Frage nach den Ursachen der Investitionsschwäche in den siebziger Jahren Stellung zu nehmen. Er sieht in den Absatzerwartungen den dominierenden Erklärungsfaktor. Dabei stellt er — sich auf eine Untersuchung von *Gerstenberger*¹ berufend — fest, daß somit die Investitionsthese des Amerikaners *Jorgenson* empirisch bestätigt werde. Wer die von *Oppenländer* zitierte Arbeit *Jorgensons*² kennt, wird diese Deutung schwer interpretierbar finden: In jenem 1967 erschienenen Aufsatz stellt er nämlich ein stark neoklassisch geprägtes Modell zur Erklärung des Investitionsverhaltens auf, in welchem volle Auslastung bestehender oder neu geschaffener Produktionsanlagen vorausgesetzt wird; in seinem Modell hängen die Investitionen von Opportunitätskosten, der Kapitalrendite sowie der Abnutzung bestehender Anlagen ab. Wie dem auch sei, Ökonomen einer mehr keynesianischen Richtung (aber kaum Neoklassiker) werden der Oppenländerschen Diagnose der Investitionsschwäche gerne zustimmen. Ausgehend von dieser Diagnose stellt *Oppenländer* zwei wirtschaftspolitische Überlegungen zur Diskussion: Zur Verstärkung der Erweiterungsinvestitionen, in denen er — wohl zu recht — die strategische Größe sieht, sollen zum einen die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert werden, und zum zweiten regt er eine wirkungsvollere staatliche Förderung der FuE-Anstrengungen kleinerer und mittlerer Unternehmen an. So sehr Ökonomen einer mehr keynesianischen Richtung der Oppenländerschen Diagnose zustimmen würden, seine wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen scheinen weit hinter seiner Analyse herzuhinken; ob diese Maßnahmen eine erfolgversprechende Antwort auf die wirtschaftspolitische Herausforderung darstellen, erscheint zweifelhaft.

Tichys Ausführungen über das Investitionsverhalten in Österreich verdienen besondere Aufmerksamkeit. Die wirtschaftspolitische Aufgabe der siebziger Jahre war für unseren südlichen Nachbarn gewiß nicht leichter als hierzulande; zumindest arbeitsmarktpolitisch schneiden die Österreicher deutlich erfolgreicher ab. Zwar ist es ihnen nicht gelungen, einen Anstieg der Arbeitslosenquote gänzlich zu vermeiden, aber sie haben es fertig gebracht, bisher einen Anstieg auf über 2% zu verhindern. Hierbei gelang es ihnen, nach 1976 die Geldentwertung auf ein durchaus erträgliches Maß zu beschränken: Die jährliche Inflationsrate lag mit 4% etwa einen Prozentpunkt höher als in der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund dieser angesichts der österreichischen Strukturprobleme und Auslandsabhängigkeit recht beachtlichen Erfolge geht *Tichy* der Frage nach, inwieweit das Investitionsverhalten des Staates eine positive Rolle gespielt hat. Zwar sind die Wachstumsraten der gesamten Investitionsausgaben zurückgegangen, aber es ist kein über die allgemeine Wachstumsverlangsamung hinausgehender Rück-

¹ *W. Gerstenberger*, Investitionsentwicklung seit 1970 — Analyse und Perspektiven für 1979/80, in: Ifo-Schnelldienst XXXI, 31/32 (7. Nov. 1978).

² *D. W. Jorgenson*, The Theory of Investment Behaviour, in: R. Ferber (Hrsg.), Determinants of Investment Behaviour, New York: NBER, 1967.

gang eingetreten: M. a. W., die Investitionstätigkeit stellt — anders als in der BRD — keine Wachstumsbremse dar. Hierbei spielte die anteilmäßige Ausdehnung der öffentlichen Investitionen, die seit 1960 kontinuierlich an Gewicht gewonnen haben, eine entscheidende Rolle. Weiter weist *Tichy* auf die staatliche Förderung der privaten Investitionen hin: Die stetige Ausdehnung der staatlichen Investitionen und ihre antizyklische Forcierung in Perioden schwachen Wachstums haben erreichen helfen, daß auch die konjunkturell viel anfälligeren privaten Investitionen vergleichsweise geringe Schwankungen und keinen nach unten gerichteten Trend aufweisen. Flankierend kommen steuerliche Vorschriften für Kapitalgesellschaften hinzu, die eine recht niedrige Belastung ermöglichen, vorausgesetzt, daß das Unternehmen seinen Gewinn für Investitionen verwendet. Es wäre nützlich gewesen, wenn *Tichy* auf die finanzpolitischen Aspekte der staatlichen Investitions- und Förderungspolitik kurz eingegangen wäre: Ein Hintergrund ist die vergleichsweise niedrige staatliche Verschuldung zum Anfang der Ölkrise³, was natürlich ein günstiger Ausgangspunkt für die defizitäre Finanzierung staatlicher Investitionen bzw. die steuerliche Begünstigung privater Investitionen ist.

Die österreichischen Erfolge stellten eine direkte Herausforderung an die unter den Seminarteilnehmern anwesenden Verfechter einer mehr angebotsorientierten Wirtschaftspolitik dar; ihr Unvermögen, dieser Herausforderung argumentativ zu begegnen, geht aus dem Bericht über die an *Tichys* Referat anschließende Diskussion deutlich hervor: Auf seine mit Fakten beladenen Ausführungen reagierten sie mit philosophischen Meditationen über *Walras* und *Say*, die man nicht anders als abstrus bezeichnen kann.

Vespers Referat läßt den Kontrast im Verhalten staatlicher Investoren in der BRD deutlich hervortreten. Er weist nach, daß es nicht einmal gelungen ist, die öffentlichen Investitionen am längerfristigen Wachstumstrend auszurichten, geschweige denn, sie antizyklisch zu gestalten. Der stabilitätspolitische Beitrag der Finanzpolitik ging eher von der Einnahmeseite bzw. von Subventionen u. ä. aus; der Staat versuchte, den privaten Konsum bzw. die unternehmerischen Investitionen durch steuerliche Entlastung oder Transfers und Subventionen zu stützen. Somit machte er die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen von privaten Entscheidungen abhängig, und die Einkommensverwendung der privaten Haushalte und der Unternehmen haben — wie wir im nachhinein erkennen können — nicht zum erhofften Erfolg geführt. *Vesper* kritisiert diese Vorgehensweise, die er der günstigeren Auswirkung auf Wachstum und Beschäftigung gegenüberstellt, die direkte staatliche Investitionsausgaben zur Folge gehabt hätten. Hierbei hebt er mit Recht hervor, daß nicht nur konjunkturpolitische Überlegungen für eine solche Investitionspolitik sprechen: Auch die Dringlichkeit staatlicher Infrastrukturinvestitionen — man denkt unwillkürlich an Massenverkehrsmittel, Sozialen Wohnungsbau, Energieversorgung u. a. m. — legt eine antizyklische Forcierung der staatlichen Investitionsausgaben nahe.

³ Vergleiche OECD, OECD Economic Surveys: Austria, Paris 1977.

Die noch ungelöste Kontroverse um die Bestimmungsgründe des unternehmerischen Investitionsverhaltens ist ein eindrucksvoller Beleg für den gegenwärtig desolaten Zustand der theoretischen Nationalökonomie. Während Keynesianer Nachfrageaspekte (Absatzerwartungen, Kapazitätsauslastung) bei den Investitionsentscheidungen in den Vordergrund stellen, beharren Neoklassiker auf der bestimmten Rolle der Faktorpreisverhältnisse, bzw. in Abhängigkeit davon der Sachkapitalrendite. Klarheit hierüber ist eine Voraussetzung für eine wirtschaftswissenschaftliche Diskussion, die den Namen wissenschaftlich verdient. Deshalb wendet man sich dem Beitrag von *Kromphardt* mit großen Erwartungen zu, denn er berichtet über ökonomische Forschungsergebnisse, die von der Fragestellung her geeignet gewesen wären, einen Beitrag zur Lösung dieses Problems zu liefern. Er versucht nämlich, die Beziehung zwischen Anlageinvestitionen als Zielgröße und der Absatzentwicklung, Rendite, sowie Innenfinanzierungsquoten als erklärende Variable zu quantifizieren. Hierbei verwendet er als Datenquelle die Bilanzstatistik der Bundesbank. Bei seinen Modellspezifizierungen arbeitet er vorwiegend mit Wachstumsraten; er erstellt sowohl Zeitreihen- als auch Querschnittsanalysen für fünfzehn in der Bilanzstatistik ausgewiesene Wirtschaftszweige. Es lassen sich für den untersuchten Zeitraum (1966 - 76) fast durchweg keine abgesicherten Beziehungen nachweisen. Da sowohl Nachfragegrößen als auch Gewinnvariable getestet wurden, geben die Untersuchungsergebnisse, die wohl als nur vorläufig zu betrachten sind, weder Keynesianern noch Neoklassikern Gründe zur Befriedigung. Vordergründig erschiene der Schluß gerechtfertigt, daß die Nationalökonomie gegenwärtig über keine Investitionstheorie verfüge, die einer empirischen Überprüfung standhalten könne. Indes wäre ein solch weitreichender Schluß (den *Kromphardt* nicht zieht) wohl noch etwas verfrüht; andere Interpretation der Ergebnisse erscheinen durchaus erwägenswert, etwa:

- die Modellspezifizierungen sind dem Gegenstand nicht adäquat,
- die untersuchte Periode ist in struktureller, konjunktureller oder wirtschaftspolitischer Hinsicht untypisch, so daß Beziehungen, die durchaus vorhanden sein mögen, stark von irregulären Einflüssen überlagert sind und mithin ökonomisch nicht nachgewiesen werden können,
- seine Datenbasis trägt nicht, etwa weil die buchhalterischen Definitionen und Abgrenzungen der Bilanzstatistik für die hier behandelte Fragestellung ungeeignet wären.

Es ist begrüßenswert, daß *Kromphardt* mit dem Tabu gebrochen hat, wonach in aller Regel nur über positive Forschungsergebnisse berichtet wird: Seine Resultate, wenngleich in gewissem Sinne enttäuschend, sind dennoch für Forscher auf diesem Gebiet von großem Interesse. Sie zeigen jedoch, wie dringend notwendig die Mikroanalyse des unternehmerischen Investitionsverhaltens noch ist, soll die konjunkturpolitische Diskussion auf einem abgesicherten wissenschaftlichen Fundament geführt werden. Verwiesen sei auf die von *Kromphardt* zitierte Untersuchung von *Eisner*⁴ für die USA, die

⁴ R. *Eisner*, *Factors in Business Investment*, New York: NBER, 1978.

auf unternehmerischen Investitionsplänen aus dem *McGraw-Hill Survey* aufbaut; das Münchener Ifo-Institut erhebt für die Bundesrepublik ähnliche Daten, die aber zur Erhellung des Investitionsverhaltens (im Gegensatz zu ihrer Verwendung für Prognosen aus Hochrechnungen etc.) nicht annähernd so intensiv ausgebeutet worden sind wie die *McGraw-Hill* Daten. *Eisners* Ergebnisse bestätigen jedenfalls eher die keynesianische Investitionstheorie.

Charles C. Roberts, Passau